

# PRESSEMITTEILUNG



## Proteste vor der EU-Vertretung in München

Zum „Europatag“ am 9. Mai wurde Handelskommissar De Gucht aufgefordert, das geplante Freihandelsabkommen mit den USA zu Stoppen

München, 8. Mai 2014

Mehrere 100 Menschen demonstrierten heute in München gegen das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen den USA und der EU. Aufgerufen zu dem Protest hatte das Agrarbündnis Bayern zusammen mit Verbraucherorganisationen, Umweltverbänden, Bauernvereinigungen, kirchlichen Trägern und entwicklungspolitisch aktiven Gruppen.

Sie übergaben dem Leiter der Münchner Vertretung der EU-Kommission, Herrn Peter Martin, einen Brief mit Forderungen an Handelskommissar Karel De Gucht.

„Es wird immer deutlicher, dass demokratische Entscheidungsprozesse durch das TTIP ausgehöhlt werden“, heißt es in dem Brief. Die Veranstalter kritisieren die Intransparenz der Verhandlungen.

Die Organisationen lehnen vor allem die geplante Einführung von internationalen Sondergerichten ab, die Konzerne zum Schutz ihrer Investitionen anrufen können sollen. Damit könnten Investoren nationale unabhängige Rechtsordnungen bei zukünftigen Verschärfungen etwa des Umwelt- oder Verbraucherrechts umgehen. Die Entscheidung, diesen Verhandlungspunkt für einige Monate auf Eis zu legen, sei Augenwischerei, damit die heftige Kritik daran nicht den EU-Wahlkampf beeinflusse. Im Hintergrund gehen die Verhandlungen aber weiter. Das EU-Parlament hat gerade auf Vorschlag von Handelskommissar de Gucht neue EU-Zuständigkeiten für Investitionsschutzabkommen beschlossen, die den Spielraum für nationale Regelungen weiter massiv einschränken.

Darüber hinaus will Handelskommissar de Gucht vor dem EU-Gerichtshof eine Entscheidung herbeiführen, dass das Gesamtabkommen nicht von den Parlamenten der Nationalstaaten mitbeschlossen werden muss. Dies soll erreicht werden, indem das TTIP zu einem reinen Handelsabkommen deklariert wird. Dieses Vorhaben der EU-Kommission lehnen die Organisationen vehement ab. Es geht bei TTIP nicht nur um Handelsfragen, sondern um wesentliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, um Sozialstandards und um die allgemeinen Schutzgüter Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt und nicht zuletzt um zukünftige Standards der Lebensmittel- und Landwirtschaftsproduktion.

## Agrarbündnis Bayern



München, 8.5.2014  
PM-042-14/LFG  
Landwirtschaft

### Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

**Die Organisationen fordern statt eines Freihandelsvertrags faire Handelsbeziehungen, die eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung ermöglichen und bäuerlichem Wirtschaften Marktvorteile gegenüber Agrar- und Gentechnikkonzernen verschaffen. Ein solcher fairer Austausch von Waren und Ideen muss weltweit gelten, besonders aber müssen globale Handelsbeziehungen die Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern zur Armutsreduzierung und das Recht auf angemessene Ernährung berücksichtigen. Ein Abkommen, das im Geheimen und ohne parlamentarische Kontrolle beschlossen und zur Spielwiese von Wirtschaftslobbyisten und Konzerninteressen wird, dürfe es nicht geben, sagen die Kritiker.**

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Referentin für Landwirtschaft und Geschäftsführung für das Agrarbündnis Bayern

Tel. 0911/81 87 8-20, E-Mail: [marion.ruppenner@bund-naturschutz.de](mailto:marion.ruppenner@bund-naturschutz.de)

**Ansprechpartner/innen und Interviewpartner/innen am Veranstaltungstag u.a.:**

**Richard Mergner, BN Landesbeauftragter: 0171 63 94 370**

**Francisco Marí, Agrarreferent bei Brot für die Welt, 0179-4621783**

## **Hintergrund:**

### **Statements der beteiligten Organisationen im Einzelnen**

**Prof. Dr. Hubert Weiger, 1. Vorsitzender BUND Naturschutz in Bayern und BUND**

Die Intransparenz der Verhandlungen, der Einfluss der großen amerikanischen Unternehmen und Interessensverbände von Monsanto über den Verband der amerikanischen Sojabohnenerzeuger bis zur chemische Industrie sowie die Deregulierungsabsichten durch das Instrument der „regulatorischen Kooperation“ zeigen, in welche Richtung die Verhandlungen laufen werden, nämlich zu konzernfreundlichen Wirtschaftsbedingungen. Und dies trotz Beteuerungen der Staatsregierung, roten Linien ziehen zu wollen.

Die Gefahren einer transatlantischen Handels und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen USA und der EU für Umwelt- und Sozialstandards sowie für demokratische Bürger- und Verbraucherschutzrechte erfordern den Abbruch der Verhandlungen und eine Verstärkung der Zusammenarbeit der

Zivilgesellschaft beidseits des Atlantiks für einen umweltgerechteren und fairen Handel.

Der BN fordert, dass die Verhandlungen abgebrochen werden, da TTIP unverträglich mit den Interessen der Bürger ist und Umwelt- und Verbraucherstandards auszuhöhlen droht. TTIP ist das Gegenteil von einem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Es entspricht dem Leitbild der Konzerninteressen.

## **Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter**

Das geplante TTIP zwischen den USA und der EU würde, sollte es wie vorgesehen verwirklicht werden, massiv in alle Lebensbereiche von uns Bürgern und Bauern eingreifen.

Den Interessen der international agierenden Konzerne soll absoluter Vorrang vor den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung eingeräumt werden. Die Profitgier einiger Weniger stellt sich eindeutig gegen das Gemeinwohl. Es erscheint extrem unwahrscheinlich, dass es bei den Verhandlungen nicht um eine Aufweichung von Standards und Grenzwerten geht. Im Gegenteil: es drohen weitere Patente und Abhängigkeiten der Bauern gegenüber den Konzernen. Dies bedroht die Wahlfreiheit von Bauern und Verbrauchern gleichermaßen.

Zum anderen würde mit dem geplanten Investorenschutzabkommen indirekt die Demokratie in unserem Land und der gesamten EU abgeschafft. Die Mitsprache der Parlamente und der Bürgerinnen und Bürger soll bewusst verhindert werden. Das bedeutet nichts anderes, als eine Diktatur der internationalen Wirtschaftskonzerne über die Bevölkerung.

Unter den gegebenen Umständen lehnt der BDM TTIP rundweg ab und fordert die sofortige Einstellung der Verhandlungen.

## **Andrea Behm, Attac München**

„Verkauft wird uns das weitgehend geheim verhandelte TTIP als gigantisches Wachstumsprogramm – dabei ist es ein Ausverkauf unserer lang erkämpften Errungenschaften im Arbeits-, Umwelt- und Sozialrecht und eine Bedrohung unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates.

Es darf keine Sonderklagerechte für Unternehmen geben, die uns Bürger/innen Milliarden kosten. Auch brauchen wir keinen

„Regulatorischen Kooperationsrat“, der die Konzernlobby stärkt und unsere demokratischen Entscheidungsprozesse aushebelt.

Die TTIP-Verhandlungen müssen daher sofort beendet werden. Denn: Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt bewahren.“

## **Josef Schmid, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Bayern**

„Für die bäuerliche Landwirtschaft hat der Handel eine wesentlich geringere Bedeutung als für die sich immer mehr ausbreitende industrielle Form der Landwirtschaft. Das Futter kommt von den eigenen Feldern, der Dünger nicht vom Lagerhaus, sondern aus der eigenen Tierhaltung und die Jungtiere werden auf dem Hof geboren und nicht als "Tiermaterial" vom Zuchtkonzern geliefert. Doch die Eigenversorgung würde nicht ausreichen, um die Menschen in Europa zu ernähren.

Hier ist der Handel notwendig und sinnvoll. Nicht als Selbstzweck, um aus importierten Rohstoffen Überschüsse für den Weltmarkt zu erzeugen, sondern in einer dienenden Funktion die Bedürfnisse der Handelspartner zu befriedigen. Dazu braucht es kein Freihandelsabkommen der Konzerne, sondern einen fairen Handel für die Menschen, einen Handel, der die Beteiligten als Geschäftspartner agieren lässt. Ein fairer Handel nach dem Motto „Leben und leben lassen“ bietet eine nachhaltigere, stabilere Zukunftsperspektive für die Menschheit als unser derzeitiges Wettbewerbs- und Konkurrenzdenken.“

## **Francisco Marí, Referent für Agrarhandel, Brot für die Welt**

Die EU-Kommission, Bundesregierung, EU- und US- Konzerne wollen im weltweiten Wettstreit um Märkte „Weltstandards“ in den verschiedenen Produktionszweigen setzen. Trotz eines sinkenden Anteils beider Wirtschaftsblöcke am Weltmarkt wollen sie weiterhin bestimmen, wie weltweit industriell und landwirtschaftlich produziert wird und welche Umwelt-, Patent- und Verbraucherschutzstandards gelten sollen.

„Chlorhähnchen“ aus den USA, wie sie noch in der EU verboten sind, überschwemmen mit 150 Millionen kg jährlich die afrikanischen Märkte mit denselben Folgen, wie die EU Exporte – sie zerstören Existenzen, vor allem von Kleinviehhalterinnen. Solche „Weltstandards“, die nur noch mehr Armut und Hunger schaffen, lehnen Brot für die Welt und seine Partnerorganisation in Afrika, Asien und Südamerika ab.

Wir treten dafür ein, dass der globale Handel hohe Standards bei Umwelt-, Menschen- und Verbraucherrechten garantieren muss, darunter das Recht

auf Nahrung, gerechten Lohn und Arbeitsrechte. Die Vielfalt von Handelsbeziehungen von Regionen und Staaten muss ausgebaut werden. Demokratische Rechte von Parlamenten und Zivilgesellschaften dürfen weltweit nicht durch Drohungen mit Konzernklagen aufgrund von Investitionsschutzabkommen ausgehebelt werden.

## **Karl Bär, Umweltinstitut München**

„TTIP bedroht unsere Demokratie und in harten Auseinandersetzungen erkämpfte Standards, die die Umwelt, VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen schützen. Ein Teil dieser Bedrohung ist die Verlagerung von Entscheidungen weg von Parlamenten hin zu Expertengremien. So erhofft sich zum Beispiel die chemische Industrie mehr Einfluss auf die Zulassung von Chemikalien, wenn ein transatlantischer Regulierungsrat wissenschaftliche Standards festlegt und Zulassungsverfahren auf Handelshemmnisse abklopft. Das geht zu Lasten des Vorsorgeprinzips - und damit zu Lasten von VerbraucherInnen und Umwelt.“

## **Walter Haefeker, Präsident Europäischer Berufsimker**

„Die Entscheidungsprozesse in Europa sind bisher noch demokratisch genug um zu verhindern, dass sich ausschließlich Konzerninteressen durchsetzen. Unser Trinkwasser ist noch nicht privatisiert, das Urheberrecht noch nicht verschärft und die Gentechnik hat noch immer keinen Siegeszug durch Europa angetreten. Noch ist unser Honig gentechnikfrei. Was Monsanto Bayer und BASF jetzt brauchen sind demokratiefreie Lösungen: CETA und TTIP.

Die Entmachtung der von uns gewählten Parlamente und der Gerichte, die im Namen des Volkes Recht sprechen, durch Handelsverträge und Schiedsstellen ist eine Entmachtung der Bürger. Wir müssen verhindern, dass Merkel's „marktkonforme Demokratie“ auf diesem Wege Wirklichkeit wird.

In vorseilendem Gehorsam hat die EU-Kommission mit Zustimmung des Europaparlaments gerade die Kennzeichnung von Gentechnik beim Honig aufgehoben. Können wir der Kommission vertrauen, gegenüber den USA für Kennzeichnungsregeln zu kämpfen, die sie selbst gerade untergräbt?

Parteien, die in Europa als Wasserträger der Gentechnikindustrie unterwegs sind und deren Kandidaten ihre eigene Entmachtung durch CETA und TTIP billigend in Kauf nehmen, verdienen unsere Stimme bei der Europawahl nicht.“

## **Marlies Olberz, Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland**

TTIP ist ein Versuch, staatliche Pflichten zur Durchsetzung der Menschenrechte zu untergraben, Konzerne außerhalb notwendiger Regeln und Regulierungen zu stellen und den Spielraum für sozial gerechte und menschenrechts-basierte Politiken zu reduzieren. Schon die Geheimhaltung bei der Aushandlung des Abkommens widerspricht dem Menschenrecht auf politische Teilhabe und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Parlamente und Zivilgesellschaft sind faktisch von den Verhandlungen ausgeschlossen. Großunternehmen hingegen – die eigentlich gar nicht legitimiert sind, politische Entscheidungen zu treffen – haben eine herausragende Rolle, indem sie bei den Verhandlungen beraten und direkten Einfluss nehmen.

FIAN hat daher zusammen mit 50 europäischen NRO einen Vorschlag für eine alternative Handelspolitik der EU erarbeitet, die in Einklang mit den Menschenrechten steht und den Menschen nutzt, nicht einigen wenigen Konzernen.

## **Günther Busch, Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt**

Die Europäischen Gewerkschaften haben bisher die Verhandlungen nicht grundsätzlich abgelehnt. Sie haben aber eine Reihe unverzichtbarer Forderungen für die Verhandlungen aufgestellt; u. a.:

Die Verhandlungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Sie müssen alle Betroffenen, insbesondere die Sozialpartner, intensiv und dauerhaft in den Verhandlungsprozess einbeziehen

Höhere Sozialstandards in einzelnen Ländern müssen auch bei TTIP möglich sein und auch für die Zukunft gesichert werden.

Das Abkommen darf keine Investitionsschutzklausel enthalten. Dies darf auch nicht Gegenstand der Verhandlungen sein.

Es darf keine geheime Schiedsgerichtsbarkeit im Rahmen des Abkommens geben.

Wir fordern, dass die Verhandlungen über das TTIP gestoppt werden. Neue Verhandlungen kann und darf es erst geben, wenn sichergestellt ist, dass die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen vor, während und auch nach Abschluss eines Abkommens eingehalten werden.

## **Harald Ulmer, Geschäftsführer Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern**

Das Europäische Agrarmodell ist angetreten, um eine vielfältige Landwirtschaft, die nachhaltig wirtschaftet, natürliche und unbelastete Lebensmittel produziert und die wichtige Rolle von nachhaltigen wirtschaftenden Familienbetrieben in den ländlichen Räumen unterstützt, voranzubringen. Dies in Europa durchzusetzen, ist allein schon eine große Herausforderung, und hat aber bisher beim gemeinsamen Kampf von Bürgern gegen den Anbau von GVO-Pflanzen oder der Verbannung von Hormonfleisch Früchte getragen. Mit dem geplanten Freihandelsabkommen sollen nun diese Errungenschaften mit einem Handstreich vom Tisch gefegt werden. Dagegen wehren wir uns! Die Tür für US-amerikanische Praktiken in der Landwirtschaft für Europa zu öffnen, bedeutet den Anbau von GVO-Pflanzen, die Zurückdrängung von nachhaltiger Landwirtschaft und eine Gefährdung des Ökologischen Landbaus. Die USA besitzen aber nur knapp die Hälfte der Bio-Anbaufläche von Europa und eine weitere Ausdehnung ist praktisch unmöglich, da die Verbreitung von GVO-Pflanzen, die Vergiftung der Böden und der Konkurrenzkampf um Flächen den Bio-Bauern in den USA kaum Chancen lassen. Um zu verhindern, dass es in Europa soweit kommt, muss das geplante Freihandelsabkommen TTIP verhindert werden.

## **Dr. Jürgen Bergmann, Mission EineWelt, Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evang. Luth. Kirche in Bayern**

Als Abkommen zwischen führenden Wirtschaftsregionen hat das TTIP globale Auswirkungen. In seiner Wirkung wird es einige Entwicklungs- und Schwellenländer eher ausgrenzen. Auch wenn diese Länder überhaupt nicht bei den Gesprächen beteiligt sind, ist zu befürchten, dass sie – wie schon in der Finanzkrise – schwerwiegende Konsequenzen zu tragen hätten.

Problematisch wäre grundsätzlich eine noch stärkere Exportausrichtung im Bereich der Landwirtschaft. Die europäische Tierhaltung ist auf Futtermittelimporte angewiesen. Der Sojaanbau verursacht in Südamerika soziale und ökologische Probleme, während europäische Exporte von tierischen Produkten wiederum in Afrika Märkte unter Druck setzen. Wir brauchen also gerade in der Landwirtschaft mehr Regionalität.

Der Einsatz für weltweite Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ist unser christlicher Auftrag. Ohne größere Veränderungen in unserer Wirtschaft und Gesellschaft wird dies nicht schaffen sein. Der dafür erforderliche Gestaltungsspielraum darf durch künftige Handelsabkommen nicht eingeschränkt werden.

## **Dr. Rupert Ebner, Slow Food Deutschland**

Mit größten Anstrengungen ist es uns bisher gelungen, Agrogentechnik auf deutschen Feldern zu verhindern. Wir von Slow Food und ich als Tierarzt möchten vor einer Gefahr warnen, die mindestens genauso gefährlich ist, wie genveränderte Organismen in unserem Essen. Hormone sind Substanzen die in geringsten Mengen, große Effekte erzielen.

Es ist kein Geheimnis, dass mit Hormonen mit geringstem Aufwand unvorstellbar Effekte, in der Rindermast riesige Zuwächse und damit riesige Gewinne erzielt werden können. Dies gilt vor allem für Hormone, im Labor synthetisierter Östrogene. In Europa sind Hormone mit östrogenen Wirkung für den Einsatz in der Tiermast seit Jahrzehnten verboten. In den USA sind sie der Standard. Europa hat einen jahrzehntelangen Handelskrieg mit den USA geführt, um den Import von Fleisch von hormonbehandelten Tieren zu verhindern. Dieser Damm hat bis heute gehalten.

Die europäischen Verbraucher müssen verhindern, dass über die Hintertür eines „Freihandelsabkommens“ mit den USA hormonbehandeltes Fleisch auf unsere Teller kommt. TTIP abzulehnen hat nichts mit Antiamerikanismus zu tun, TTIP abzulehnen ist ein Freundschaftsdienst an den Bürgerinnen und Bürgern der USA.

## **Dr. Ruth Tippe, Initiative „Kein Patent auf Leben“**

Der Einfluss des Freihandelsabkommen reicht auch bis hin zu patentrechtlichen Fragen. Auch wenn momentan keine Entwürfe dazu offengelegt wurden, sind Verbesserungen für Bauern und Verbraucher sicherlich nicht zu erwarten. Wir müssen aber damit rechnen, dass Grenzen der Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren wieder zu Gunsten der Industrie verschoben werden! Schon lange kämpfen wir gegen Patente auf Tiere, auf Nutztiere, auf Pflanzen und auf Saatgut.

Wir kämpfen gegen Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen. Soll etwa das Freihandelsabkommen hier neue Tatsachen schaffen und alles, was noch diskutiert wird, im Sinne der Industrie legalisieren? Wir fordern ein Stopp der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen!